

Folgeschritte zum Staatsziel Tierschutz

Eckpunkte: Mehr Rechte für Tiere

1. Werden Sie das zum 1. Januar 2007 bestehende Verbot der Käfighaltung von Legehennen (Legebatterien)
 - Xbeibehalten oder
 - aufheben bzw. der EU-Richtlinie anpassen?

Anmerkung:

Unserer Meinung nach ist die Käfighaltung von Legehennen unakzeptabel. Deshalb werden wir uns weiter für die jetzt verabschiedeten Regelungen einsetzen, eine EU-Regelung, welche die Wiedezulassung von Hühnerkäfigen, d.h. „Kleinvolieren“ will, lehnen wir ab.

2. Tierversuchsfreie Forschung soll einen Vorrang vor Tierversuchen haben und daher nachhaltig ideell und finanziell im Sinne „weg vom Tierversuch“ gefördert werden.
 - XJa
 - Nein

Anmerkung:

Der Tierschutzbericht der Bundesregierung für das Jahr 2005 weist 2,1 Millionen Tiere in Versuchen auf nationaler Ebene und 10,7 Millionen auf europäischer Ebenen aus. Damit können wir uns nicht abfinden. Ein sofortiges Verbot der Tierversuche an Affen, also an Primaten ist deshalb ein notwendiger erster Schritt. Alternativmethoden müssen jetzt dringend forciert werden. Nach Ansicht der Linkspartei sollten nur die Tierversuche gesetzlich vorgeschrieben und vorgenommen werden, für die im medizinischen oder Chemikalien-Bereich nachweislich keinerlei Alternativen bestehen. Wir unterstützen die Förderung tierversuchsfreier Forschungsverfahren, u.a. durch die entsprechend vom Bündnis Tierschutz geforderte Umstellung der Prüfkataloge auf tierversuchsfreie Methoden. Auch die Vergabe von öffentlichen Mitteln muss auf dieses Ziel ausgerichtet und die Förderung tierversuchsfreier Forschungsmethoden finanziell besser gestellt werden. Die PDS wird sich für eine Informationspflicht der Unternehmen an die Öffentlichkeit über laufende Tierversuche und entsprechende Genehmigungsverfahren einsetzen.

Wichtig ist für uns die Zusammensetzung der Prüfkommisionen, in denen gegenwärtig gemäß der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes“ die TierschutzvertreterInnen lediglich ein Drittel der Sitze beanspruchen können, zu hinterfragen. Es müsste zur Pflicht werden, dass vor diesen Kommissionen die Ergebnisse eines Versuchsverlaufes dargelegt werden.

Zudem unterstützt die Linkspartei Forderungen nach retrospektiver Bewertung der Tierversuche sowie nach einem Aufbau von Datenbanken zur Vermeidung von Doppelversuchen.

3. Treten Sie für die folgende Änderung des Tierschutzgesetzes ein, wobei wir zur Erläuterung auf den Text und die Begründung der Novellierungsvorschläge der *Juristen für Tierrechte* verweisen (siehe Anlage, Stand 18.04.2005):

Gesetzlicher Tierschutz soll gerichtlich überprüfbar sein und zwar durch Einführung einer Verbandsklage zugunsten anerkannter Tierschutzverbände.

- Ja
 Nein

Anmerkung:

Tierschutz hat nicht nur eine ethisch-moralische Dimension, sondern dient gleichzeitig dem Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt. Durch die gegenwärtigen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen werden nicht nur den Tieren, sondern in zunehmendem Maße auch den Menschen Lebensräume und damit die natürlichen Lebensbedingungen entzogen.

Die Forderung der Tierschutzverbände und einer immer größeren Mehrheit der Bevölkerung nach einer Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung ist inzwischen umgesetzt. (Die PDS brachte dazu in der 13. Legislaturperiode einen eigenen Antrag ein). Mit der Aufnahme des Tierschutzes in den Artikel 20a des Grundgesetzes wird eine Abwägung mit Art. 5 eingeführt, hat aber den Tierschutz damit nicht revolutioniert, sondern verpflichtet den Tierschutz zu einem möglichst hohen Stellenwert in unserem Rechts- und Wertesystem zu verhelfen. Aufgabe für die Zukunft wird sein, in der Gesetzgebung das Staatsziel Tierschutz näher zu konkretisieren, als Beispiel seien die Tierhaltung und Tierversuche genannt.

4. Treten Sie weiterhin auch für diese Änderungen des Tierschutzgesetzes ein (siehe Novellierungsvorschläge der *Juristen für Tierrechte* in der Anlage, Stand 18.04.2005):

- a. Verbot des betäubungslosen Schächtens von Tieren.

- Ja
 Nein

Anmerkung:

- b. Verbot der Tierversuche an Primaten.

- Ja
 Nein

Anmerkung:

s.o. zum Thema Tierversuche

- c. Gewissensfreiheit für Studierende ohne Tierversuche und Tiertötung ist gesetzlich zu gewähren.

- Ja
 Nein

Anmerkung:

Dringend notwendig

- d. Die Höchststrafe bei Tierquälerei und gesetzwidriger Tiertötung soll von 3 auf 5 Jahre heraufgesetzt und der Versuch solcher Straftaten unter Strafe gestellt werden.

- Ja
 Nein

Anmerkung:

Höhere Strafen schrecken nicht automatisch ab, zwingend notwendig ist ein Umdenken in der Gesellschaft und eine Beendigung der neoliberalen Politik, die den ruinösen Wettbewerb bei Fleischpreisen beenden.

- e. Die Haltung bestimmter wild lebender Tiere, insbesondere von Affen, Elefanten und Bären, in Zirkussen soll grundsätzlich verboten sowie ein Zentralregister zur Erfassung von Zirkussen und Tierschauen geschaffen werden (so bereits Bundesratsbeschluss vom 17.10.2003).

- Ja
 Nein

Anmerkung:

- f. Die Haltung von „Pelztieren“ in herkömmlichen Käfigen soll verboten bzw. die Haltungseinrichtungen für „Pelztiere“ deren artgemäßen Bedürfnissen angepasst werden (siehe auch den Entwurf des BMVEL vom 25.05.2005).

- Ja
 Nein

Anmerkung:

Sonstige eigene Forderungen (ggf. auch unter Bezugnahme auf weitere konkrete Vorschläge der *Juristen für Tierrechte* laut Anlage, siehe ferner *tierrechte 1.05*, Seite 10 und 11 laut Anlage):

Es bedarf dringender Regelungen im Heimtierbereich

Datum:

29.7.05

gez. Lothar Bisky Vorsitzender der Linkspartei.PDS
(Name und Funktion)